

Aargauer Zeitung

AARGAUER GROSSER RAT

Abgespeckter Klimaparagraf findet Mehrheit, Ölheizungs-Verbot scheitert klar

Der Grosse Rat schickt einen abgespeckten Klimaparagrafen an die Urne, das letzte Wort hat das Volk. Keine Chance hatte im Parlament die Idee der GLP für ein Verbot von Öl- und Gasheizungen.

Eva Berger

25.04.2023, 20.40 Uhr



Klimademo in Zürich 2019.

Bild: Urs Flueeler

Der Kanton Aargau soll sich dem Klimaschutz verpflichten, der Grosse Rat stimmte am Dienstag einem entsprechenden Verfassungsartikel in erster Lesung zu. Das letzte Wort hat, wie bei jeder Verfassungsänderung, das Volk. Der Klimaparagraf geht auf eine

parlamentarische Initiative von links zurück, [im Herbst 2021 hat der Grosse Rat diese überwiesen](#). Schon da war er sich uneins, wie weit der Verfassungsartikel gehen soll. Daran hat sich nichts geändert.

Auch nicht an der Haltung der SVP, wie Daniel Notter ausführte. Seine Fraktion lehnte den Klimaparagrafen als einzige ab – aus Überzeugung, setze sich die SVP doch für weniger Bürokratie ein, einen weiteren Gesetzesartikel, «mit wenig Wirkung aber vielen Nebenwirkungen», brauche es nicht.

Die [Kommission Umwelt, Bau und Verkehr \(UBV\) des Grossen Rats](#) hat den Paragrafen, gegenüber der ursprünglich überwiesenen parlamentarischen Initiative, stark zusammengekürzt. Mit zwei Anträgen versuchten die Grünen, das zumindest teilweise rückgängig zu machen. «Wir müssen dem Klimawandel entschiedener entgegentreten», sagte Jonas Fricker für seine Fraktion.

Mitteparteien und FDP stimmen Paragraf zu

Zwar stimmten Mitte und EVP dem Klimaartikel zu, jedoch ohne die Präzisierungen der Grünen. Der Kommissionsvorschlag genüge, sagte Hans-Ruedi Hottiger (parteilos) für die Mitte, man brauche die Verfassung nicht unnötig aufzublähen. Die EVP finde den Paragrafen nicht notwendig, meinte Roland Frauchiger für seine Fraktion, schliesslich sei der achtsame Umgang mit der Umwelt bereits in der Verfassung geregelt. Das stehe gar bereits in der Präambel, konkretisierte Adrian

Meier (FDP). Doch auch die Freisinnigen stimmten dem abgespeckten Verfassungsartikel grossmehrheitlich zu.

Klimaschutz sei nicht nur Angstmacherei, bemerkte Gabi Lauper (SP). Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssten jetzt handeln und: «Das Fundament und die Willenserklärung für ein gemeinsames Handeln ist die Verfassung.» Auf ihrer Seite hatten die Grünen auch die GLP. Die Minderheitsanträge hatten dennoch keine Chance, die Version der Kommission wurde vom Grossen Rat mit 85 zu 48 Stimmen unterstützt.

Verbot fossiler Heizungen abgeschmettert

Anders ein Verbot von Öl- und Gasheizungen. Die GLP wollte per Motion deren Neuinstallation verbieten, scheiterte aber deutlich an der Ratsmehrheit, auch wenn Grüne und SP sie darin unterstützten.

Man habe im Zuge des Runden Tisches für das neue Aargauer Energiegesetz beschlossen, keine derartigen Verbote, sondern Anreize zu schaffen, sagte Sabina Freiermuth (FDP). Aus Furcht, dass dieses wiederum am Stimmvolk scheitern würde, habe man darauf verzichtet. Also bringe es nichts, jetzt doch ein solches zu fordern, zumal der neue Anlauf zum Gesetz in der Pipeline ist.

Es mache Sinn, diesbezüglich die Bundesgesetzgebung abzuwarten, sagte Energiedirektor Stephan Attiger. Die GLP-Motion gehe noch weiter als das letzte, gescheiterte Energiegesetz, darum lehne der Regierungsrat diese ab. Das tat der Grosse Rat ebenfalls, mit 88 zu 49 Stimmen.

Mehr zum Thema

AARGAUER GROSSER RAT

E-Voting scheitert äusserst knapp an einer Unachtsamkeit

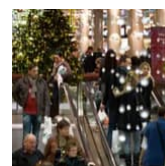
25.04.2023



GROSSER RAT

Das Parlament ebnet den Weg für einen dritten Sonntagsverkauf im Aargau

25.04.2023



GROSSER RAT AARGAU

Klima-Artikel und Eigenstrom nehmen die erste Hürde - Gegner argumentieren mit abgelehntem CO2-Gesetz

31.08.2021



KLIMAPOLITIK

Klimaverantwortung in der Verfassung: Kommission speckt den Paragraphen ab

19.01.2023



Das könnte Sie auch interessieren

[Weitere Artikel >](#)



HAUSEN AG

Mutmasslicher Täter nach Überfall auf Volg angehalten – «für die Angestellten ein Schock»

↻ Aktualisiert



abo+ **UMFAHRUNG MELLINGEN**

Deutliches Urteil: Er forderte 2,37 Millionen gegen Lärm, erhält aber nur 5800 Franken



abo+ **ZINSEN**

Überraschung: Die Nationalbank senkt Leitzins um 0,25 Prozentpunkte – das hat Folgen für den Immobilienmarkt

↻ Aktualisiert



abo+ **NIEDERWIL**

Bounty und Banischa hat's geschmeckt: Restaurant Gnadenthal bietet als erstes im Aargau eine Speisekarte für Hunde





abo+ MIGRATION

Kriminelle im Asylzentrum: Bundesrat Jans besucht krisengeschütteltes Boudry - und sagt, was er von Fussfesseln für renitente Asylbewerber hält



Copyright © Aargauer Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Aargauer Zeitung ist nicht gestattet.